

Die Karim-Khan-Entscheidung der ASP des ICC

ARTHUR H. LAMBAUER

(Dornbirn, 27./28. Juli 2026)

Mit Beschluss¹ vom 24. Juli 2026 traf die Versammlung der Vertragsparteien (ASP) des Rom-Statuts (RS) die Entscheidung, SE Karim Khan *consistent with the determination of the Bureau* als Ankläger des ICC abzusetzen.

In den Erwägungsgründen zu diesem Beschluss scheint als von der ASP dazu erwogenes Papier u. a. *the 8 June 2026 decision of the Bureau concerning the outcome of disciplinary proceedings involving the Prosecutor of the International Criminal Court* auf.

Das Büro (*Bureau*) besteht nach Artikel 112/3 RS insbesondere aus *18 members elected by the Assembly*; wohingegen der bezügliche Wortlaut in Artikel 29/1 der *Rules of Procedure of the ASP*, wie folgt lautet: *eighteen members elected by the Assembly from among the representatives of the States Parties*.

Die fette Hervorhebung ist nicht selbstverständlich, ergibt sich aber aus dem Wortlaut des Artikels 112/3/(b) RS, wonach das Büro *shall have a representative character, taking into account, in particular, equitable geographical distribution and the adequate representation of the principal legal systems of the world*. Repräsentieren, namentlich den ICC oder dessen ASP, können nur Mitglieder der ASP, weil nur sie als Vertreter deren Entsendestaaten statutarische Völkerrechtssubjekte vertreten. Für eine Mitgliedschaft im Büro einer ICC-fremden natürlichen oder juristischen Person ist auch nach dem Telos des RS kein Raum. Im Übrigen wären wohl Regeln über das Vorschlags- und Wahlprozedere der Büro-Mitglieder im RS vorgesehen worden, wenn diese zulässigerweise auch Auswärtige hätten sein sollen.

Immerhin aber birgt die aufgezeigte Diskrepanz in den Wortlauten Stoff für interpretativen Streit, wenn auch nur unter Hochverrättern!

Das Büro hat nach zitiertem Artikel 112/3 die ausschließliche Aufgabe *to assist the Assembly in the discharge of its responsibilities*.

Der ASP kommt nach Artikel 46/1 RS die Aufgabe zu, darüber zu entscheiden, ob u. a. der Ankläger

shall be removed from office if a decision to this effect is made in accordance with paragraph 2, in cases where that person:

(a) *Is found to have committed serious misconduct or a serious breach of his or her duties under this Statute, as provided for in the Rules of Procedure and Evidence; or*

(b) *Is unable to exercise the functions required by this Statute.*

Darin genannter Absatz 2 lautet insoweit:

A decision as to the removal from office of a judge, the Prosecutor or a Deputy Prosecutor under paragraph 1 shall be made by the Assembly of States Parties, by secret ballot:

(a) (...)

(b) *In the case of the Prosecutor, by an absolute majority of the States Parties;*

(c) (...).

Von einem entsprechenden Entscheidungsvorschlag durch das Büro ist hier keine Rede. Ein solcher verträgt sich auch nicht mit der Bedeutung des englischen Verbs *to assist*, welche keinesfalls das Ersetzen dessen beinhalten kann, wobei assistiert werden soll.

Dass dies von der ASP, ja dem aufrechten Teil des Geistes im Büro selbst desgleichen so gesehen wird, ergibt sich aus der vollkommen unüblichen Phrase im OP₁ des ASP-Beschlusses, wonach die Entscheidung gemäß der Feststellung durch das Büro erfolge, woraus nun überdies zu schließen ist, dass die relevante absolute Mehrheit (Artikel 112 RS) der ASP der Auffassung ist, dass die anderen erwogenen Berichte eine solche Entscheidung nicht hergeben, denn andernfalls würden auch sie Teil dieser Phrase gewesen sein. Die erwogenen Berichte sind:

Having considered:

- i) the evidence outlined in the "Office of Internal Oversight Services Investigations Division Investigation Report on Unsatisfactory Conduct by an Elected Official at the International Criminal Court, Investigations Division Case No. 1658/24", dated 10 December 2025 ("OIOS report"), and the evidence underlying the OIOS report;
- ii) the advice contained in the "Ad Hoc Panel of Judicial Experts for the Legal Characterisation of the Findings of the Office of Internal Oversight Services Relating To Unsatisfactory Conduct by an Elected Official at the International Criminal Court Report", dated 9 March 2026 ("Panel report");
- iii) the submissions of the Prosecutor to the *ad hoc* Panel, and to the Bureau under rule 27, paragraph 2, of the Rules of Procedure and Evidence of the Court;
- iv) the submissions of V01 to the Bureau under rule 27, paragraph 2, of the Rules of Procedure and Evidence of the Court; and
- v) the 8 June 2026 decision of the Bureau concerning the outcome of disciplinary proceedings involving the Prosecutor of the International Criminal Court;

Der Ankläger, SE Karim Khan, selbst ist der Auffassung, dass in keinem der Untersuchungsberichte (welche die ASP im Vorfeld ihrer Entscheidung desgleichen erwogen hat), insbesondere nicht in jenem der OIOS², Grundlagen für eine Feststellung von Pflichtverletzungen enthalten sind.³

Artikel 70 RS sieht vor, dass der ICC die Jurisdiktion zur strafrechtlichen Ahndung von Verhaltensweisen hat, die *ihn*, grob gesprochen, in seiner Tätigkeit behindern. Eine vorsätzlich unwahr getroffene Entscheidung nach Artikel 46/2 RS stellt solch ein Verhalten dar, beraubt es den ICC doch seines Anklägers und – nach der Erfahrung, dass ein fauler Apfel bald alle anderen im Korb verdirbt – setzt es ihn doch, wenn die Täter im Umfeld der ASP zu finden sind, der Gefahr aus, dass ein Nachfolger entsprechend kontaminiert sein wird.

Pflichterfüllung ist nunmehr also Gebot der Stunde!⁴

Die Entscheidung der ASP vom 24. Juli 2026 ist daher nichtig, SE Karim Khan nach wie vor in seinem unbeschädigten Amte!

Zumal Artikel 70 RS nur Behinderungen des ICC selbst betrifft, nicht aber solche der ASP, ist auch die Niederländische sowie die New Yorker Strafverfolgung aufgerufen, ihres Amtes zu walten und dabei mit jener des ICC eng zu kooperieren.

Ergänzung vom 28. Juli 2026, 1319:

¹ ICC-ASP/S-2/SC/Dec.1.

² <https://oios.un.org/en>.

³ Siehe dazu etwa BINDMANS.COM: *ICC prosecutor warns Bureau risks undermining rule of law after unanimous finding that OIOS evidence does not establish misconduct*; abrufbar [hier](#).

⁴ Siehe dazu vorsichtshalber auch das Fragment meiner kommentierten Übersetzung der Canons des [Konzils zu Clermont \(1095\)](#)!

Was die Bedeutung von *to assist* angeht, war man zuletzt bemüht, dieselbe hochverräterisch zurechtzurücken:

Ich zitiere aus der (nicht relevanten) aktuellen SOED-App:

assist /ə'sist/ 
 ▶ **verb** [with object] help (someone), typically by doing a share of the work:
a senior academic would assist him in his work
 [no object] their presence would **assist** in keeping the peace.

Davon, dass, in dieser Allgemeinheit, darunter verstanden werde, *einen Teil der Arbeit zu leisten*, ist in der 3. Auflage des SOED (1993), die hier zufolge der Annahme des RS 1998, noch vor der 4. Auflage von 2002, von Relevanz ist, nicht die Rede:

assist /ə'sist/ *n.* L16. [f. the vb.] 1 An act of helping; a help. Now chiefly US. L16. 2 In baseball, ice hockey, etc.: a player's action in helping to put out an opponent, score a goal, etc.; a credit for this. Chiefly N. Amer. L19.
assist /ə'sist/ *v.* LME. [(O)Fr. *assister* f. L. *assistere*, f. *ad* AS-¹ + *sistere* take one's stand.] I Help. 1 *v.t.* Help (a person *in*, *to do*, *with*, etc.; a person in necessity; an action, process, or result); support, further, promote. LME. 2 *v.i.* Give help or support (*in*, *†to*, (arch.) *to do*, *with*). LME.

Einschlägig ist hier die erste, *transitive* Bedeutung, die mitnichten hergibt, dass, im konkreten Fall des *Treffens einer Entscheidung* (Artikel 46/2 RS), *dieses*, wie aber tatsächlich geschehen, vorweggenommen wird; sondern gemeint kann nur sein, die Entscheidungsgrundlagen aufzubereiten, darzustellen und vorzulegen. Im Übrigen hat das Büro nicht einen Teil der Arbeit, sondern sie zur Gänze übernommen, indem sie offenkundig eine fertige Entscheidung vorgelegt hat.

Beachte dazu, dass die ASP nach Regel 37 ihrer *Rules of Procedure* neben dem Büro, das insoweit missverstanden werden könnte, nach dem [Organigramm](#) auf ihrer Webseite auch ein Sekretariat hat, welches für die Schreibarbeit zuständig ist.

Des Pudels Kern ist namentlich, dass das Wesen der Funktion des Büros nach Artikel 112 RS, soweit hier in Verbindung mit Artikel 46 RS relevant: *to assist in the performance of a decision (under article 46)*, darin liegt, die Entscheidung aufzubereiten, was im äußersten Fall heißen kann, dass insbesondere vom OIOS erhobene Beweise abstrakt bewertet und die belastenden den entlastenden gegenübergestellt werden. Sie aber hin zu einer Subsumtion unter Artikel 46 RS zu beurteilen, hat der ASP vorbehalten zu bleiben, wie dies *leg cit* verlangt.

Siehe dazu die Bedeutung des Verbs *discharge* als Grundform, von der sich das gleichlautende Substantiv ableitet, im SOED:⁵

Einschlägig ist die grün markierte Nummer 11. Daraus ergibt sich nun, dass *the discharge of its responsibilities* im Sinne des Artikels 112 in Verbindung mit Artikel 46 RS *in concreto*, wie bereits zuvor gesagt, darin liegt, die Subsumtion der Beweisergebnisse bzw. der daraus festgestellten Tatsachen unter den Tatbestand des Artikels 46 RS vorzunehmen. Dass das Büro, im Sinne der Aufarbeitung, der Assistenz, Fakten dergestalt (den erhobenen Beweisen gemäß!) feststellt, mag noch im Bedeutungshof von *assist* Platz finden, nicht aber, die Subsumtion vorzunehmen, denn das ist der zu assistierende Vorgang selbst, der dem Assistierten vorbehalten zu bleiben hat.

means of an electric discharge /dis'tʃɑ:dʒ/ *v.* ME. [Ofr. *descharger* (mod. *dé-*) f. late L. *discar(r)icare* unload, f. L. *dis-* 2 + late L. *car(r)icare*: see CHARGE *v.*] I With the person or thing relieved as (notional) obj. 1 *v.t.* Relieve of (an obligation etc.); exonerate; release *from*; relieve (a bankrupt) of residual liability. ME. †b Relieve (oneself) of an obligation by fulfilling it. L16-E18. 2a *v.t.* & *i.* Unload (a ship etc.); relieve of a load; disburden. LME. b *v.t.* Rid, deprive, (of). Now rare. LME. c *v.t.* Disburden (oneself) by speech. E16. d *v.t.* & *i.* Eject a projectile from (a weapon), fire (a weapon). M16. e *v.t.* & *i.* Release an electric charge (from). M18. 3 *v.t.* Command not to do something; prohibit, forbid. obs. exc. dial. LME. 4 *v.t.* Relieve of a responsibility or position; release from service; dismiss from office or employment. LME. †5 *v.t.* Clear of a charge or accusation; acquit. LME-M18. 6 *v.t.* Dismiss (a person charged with an offence); release from custody. M16. b Send away; let go. M16. 7 *v.t.* Arch. Relieve (some part) of pressure by distributing it over adjacent parts. M17.
 1 SHAKES. *Much Ado* I discharge thee of thy prisoner.
 2c E. BOWEN He could not discharge himself of what he had come out to say. 4 EVELYN Being . . . discovered to be a rampant Socinian, he was discharged of employment. 6 A. PATON The guilt of the second and third accused is not established, and they will be accordingly discharged. b B. BAINBRIDGE Pamela was discharged from hospital.
 II With the thing removed as (notional) obj. 8 *v.t.* Acquit oneself of (an obligation) by fulfilment or performance; pay (a debt etc.). LME. †b Pay for (an item); settle with (a creditor). M16-M19. †c Account for, explain. rare (Spenser). Only in L16. 9 *v.t.* Remove or have removed (a cargo or load). L15. b *v.t.* & *i.* Let fly (a missile, blow, etc.); fire (a shot). E16. c *v.t.* & *i.* (Allow to) escape or flow out; pour forth, emit; (of a river) empty (itself), flow into. E17. 10 *v.t.* †a Remove, abolish, (an obligation, institution, liability, etc.). E16-L18. b Law. Cancel, annul, (a court order). L18. 11 *v.t.* Acquit oneself of, perform, (an obligation, office, function, etc.). M16. 12a *v.t.* Remove

Dies gebietet auch ein vernünftiges Verständnis des Artikels 46 RS, wonach es nicht das Büro, sondern die ASP als solche ist, die die Entscheidung zu treffen hat.

Besonderes Gewicht bei der hier angestellten Beurteilung der Vorgänge vom 24. Juli in New York hat auch auf der eingangs meiner oben verlinkten Arbeit zitierten, fett hervorgehobenen Passage in OP₁ der Entscheidung vom 24. Juli zu liegen, wonach diese *consistent with the determination of the Bureau* getroffen worden sei.

Daraus ergibt sich ja wörtlich, dass das Büro eine ihm demnach gar nicht zustehende **Festlegung** (namentlich der Subsumtion!) vorgenommen hat, und zwar eine solche, die offenbar in den anderen erwogenen Verfahrensergebnissen, insbesondere jenem der OIOS gar keinen Platz findet, sodass man diese dabei nicht nannte.

Daraus folgt nun aber, dass das Büro offenbar eine Manipulation der Beweisergebnisse bzw. deren Missinterpretation vorgenommen haben muss: andernfalls ergibt die zitierte Phrase in OP₁ keinen Sinn. Und darin hat die Nichtigkeit zu liegen, weil von den Verfahrensvorschriften in einer Weise abgewichen wurde, die nicht mehr von einer Entscheidung der ASP, sondern bloß des Büros, sprechen lässt, welche überdies in der Einschätzung der ASP materiell mangelhaft ist.

Man hat sich die Frage zu stellen, wieso hier so eine Vorgehensweise gewählt wurde, die zwar einen gewissen Handlungsspielraum der ASP durchaus als wahrscheinlich erscheinen lässt, gleichwohl aber nicht dazu geführt hat, dass, trotz all dieser Mängel, eine umgekehrte Entscheidung getroffen worden wäre.

Offenkundig ist das Motiv darin zu beobachten, dass die Lage auf die Spitze getrieben werden sollte, um zu demonstrieren, dass eine Mehrheit in der ASP offenbar gar

⁵ Siehe die nächste Spalte rechts oben!

nicht fähig ist, was hier dargelegt wurde, nachzuvollziehen, geschweige denn selbst zu erkennen, was wiederum Wasser auf die Mühlen meiner These bedeutet, dass wir im sozusagen intellektuellen Hochverrat leben, der globale Ausmaße angenommen hat, indem in essentielle Entscheidungen treffenden Organen Schwachköpfe und/oder Kriminelle sitzen. Die einzig denkbare Alternative dazu ist die, dass sie stattdessen Opfer von Gewaltverbrechen sind.

Dies zu klären, sind nun der ICC und die Strafverfolgungsbehörden im Haag sowie in New York berufen, während SE Karim Khan nicht aus seinem Amte zu weichen hat!⁶

Ergänzung vom 29. Juli 2026, 2137:

Auf der Webseite des ICC findet sich eine einschlägige Stellungnahme⁷ der Präsidentin der ASP, aus der ich im Folgenden absatzweise einige von ihr für die getroffene Entscheidung ins Treffen geführte Gründe zitiere:

First, the investigation conducted by the Office of Internal Oversight Services (OIOS) found that there was evidence supporting the allegations of misconduct made by the victim and two other affected individuals.

Der OIOS kommt eine Befugnis, die fraglichen Bestimmungen des RS, also insbesondere dessen Artikel 46, anzuwenden, mithin ihre Beweisergebnisse darunter zu subsumieren, gar nicht zu, weshalb verfehlt ist, davon zu sprechen, sie habe gefunden, dass die erhobenen Beweisergebnisse die Behauptung des Fehlverhaltens untermauern.

Im Übrigen ist die von der Präsidentin gewählte Formulierung, wonach solche Behauptungen *of misconduct* vorlägen, und zwar vom Opfer, in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: zum einen ist dabei nicht die Rede von *serious misconduct*, wie aber in Artikel 46 RS verlangt, zum anderen trifft das soeben zur Berechtigung der Subsumption Gesagte auch auf das Opfer zu, sodass verfehlt ist, auf diese Aussage der Präsidentin die Entscheidung der ASP in irgendeiner Weise zu stützen.

Den Medien war auch zu entnehmen, dass es zu einem Vorfall gekommen sei, da SE Khan ins Zimmer seiner Assistentin gekommen und sie – während sie vorgab zu schlafen – unsittlich berührt habe.

Eine erwachsene Frau, die sich derart verhält, ist bereits hochgradig traumatisiert. Jede andere, die, so behandelt zu werden, nicht wünschte, würde dies klar zum Ausdruck gebracht haben, anstatt sich wie ein kleines angstvolles Kind, schlafend zu stellen.

Aus dieser Begebenheit, wenn sie denn wahr ist, folgt auch die Zulässigkeit, sich vorzustellen, dass im Hinblick auf die (wenn es so ist) zumindest von SE Khan gewollten sexuellen Beziehung der beiden auch stimulierendes Verhalten des sogenannten Opfers geben musste, indem sie nicht fähig war, einen angeblichen Unwillen zum Ausdruck zu bringen, der womöglich auch gar nicht existierte, bis sie vom Mossad kontaktiert wurde.

Im Übrigen ist ein in der sexualisierten Traumatologie-Psychologie wiederkehrendes Szenario von mutmaßlichen Opfern, dass sie ihren Willen in dieser Hinsicht ändern, und zwar vor allem dann, wenn, nach der sexuellen Euphorie, die Realität wieder einkehrt, die so aussieht, dass der andere keine ernste dauerhafte Beziehung will, wobei diesbezüglich noch nicht einmal eine vorsätzliche Täuschung durch den andern vorliegen muss, sondern schon die im traumatisierten Frühkindlichen emotional stecken gebliebene besondere Verletzlichkeit des mutmaßlichen Opfers dafür ausreicht, welche mit dem emotional heftigen Hegen von Wunschvorstellungen einhergeht, die mit der Erwartungshaltung von Kindern gegenüber ihren Eltern vergleichbar ist.

Dass dem Verfahren offenkundig kein Psychologischer Sachverständiger beigezogen wurde, ist befremdlich.

Des Weiteren erhebt sich die Frage, ob irgendeinen, von der Causa abseitigen Sinn ergibt, solch eine emotional unreife Person beim Internationalen Strafgerichtshof anzustellen, was die weitere Frage nach der wahren Funktion des mutmaßlichen Opfers aufwirft!

Insgesamt tut im 21. Jahrhundert betreffs unserer Sozialmoral beides not: zum einen ein rigoroser Schutz unserer Kinder vor sexualisierter Gewalt (vor allem durch die eigenen Eltern), damit solch unreife Erwachsene nicht mehr heranwachsen; zum andern aber eine reifere und viel offenere, von der Beseitigung solcher Unreife unterstützte Haltung gegenüber erwachsener Sexualität und ihrer Bedürftigkeit: nur weil wir alle die Schuld des an unseren Kindern begangenen Missbrauchs im Nacken sitzen haben, werfen wir einander als Erwachsene sexuelles Verhalten vor, das unter reifen Erwachsenen als harmlos zumindest insofern angesehen würde, dass eine mündige und frei agieren könnende Person sich dagegen verwahren und ablehnen könnte, womit wir *in medias res* sind, nämlich dem *serious*.

Zufolge des Drängens der Zeit sehe ich im Moment davon ab, auf die weiteren Punkte der Präsidentin einzugehen.

Arthur Lambauer

⁶ Siehe allfällige weitere ergänzende Kommentare zu dieser Arbeit auf meiner Blogseite: <https://arthurlambauer.blog/2026/07/27/die-karim-khan-entscheidung-der-asp-des-icc/>!

⁷ <https://www.icc-cpi.int/news/statement-asp-president-following-conclusion-disciplinary-proceedings-involving-prosecutor>.